

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 9

Artikel: Selbstverwaltung als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie?
: Bemerkungen zum Vorentwurf des neuen SPS-Programms
Autor: Schmid, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339746>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kenntnis die politische Praxis der Mitglieder der Gruppe Yverdon zu diskreditieren sucht. Er wirft der bürgerlichen Presse zwar vor, Masnata als Antifigur zu überwerten, macht aber selber genau das gleiche. So behauptet Strahm, Masnata «verführe» und «trainiere» junge Genossen in «Selbstzerfleischung», «fixiere» sie aufs «Antisyndrom» und «züchte seine Parteilinke» heran. Ob Strahm da seine Autoritätsgläubigkeit nicht zu schnell auf andere projiziert? Grosszügig übersieht er die teilweise sehr wesentliche Basisarbeit vieler an GY-Zusammenkünften teilnehmenden oder mit ihr

sympathisierenden Genossinnen und Genossen in Zürich, Biel, Genf, der Waadt und bei den Jusos. Strahm erkennt auch deren Bedürfnis nach kritischer Reflexion ihrer Rolle in der Partei, nach dem Sinn der Parteimitgliedschaft überhaupt. Ein solcher Ort kritischer Diskussion ist die Gruppe Yverdon. Dabei sind ihr die eigenen Schwächen wohl bewusst. Mit technokratischem Aktivismus ist ihr aber bestimmt nicht geholfen. Man muss sich fragen, wo Strahm die Basis für seine eigene politische Arbeit finden will, wenn er die Parteilinke derart leichtfertig vor den Kopf stösst.

sen, davon wirklich Gebrauch zu machen und ihr damit wieder vermehrt materielle Bedeutung zu geben. Andererseits ist ähnlich wie in der Diskussion um die Mitbestimmungsiniziative der Gewerkschaften darauf zu beharren, dass die «Mitbestimmung» bzw. die «Selbstverwaltung» der Bediensteten des öffentlichen Sektors dort aufhört, wo die Rechte der Stimmbürger tangiert werden. Der Grundsatz der *Gesetzmässigkeit der öffentlichen Verwaltung* soll mit anderen Worten auch weiterhin eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft sein.

Hans Schmid

Selbstverwaltung als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie?

Bemerkungen zum Vorentwurf des neuen SPS-Programms

A. Das Problem

Der von der «Arbeitsgruppe für die Revision des Parteiprogramms» im April 1980 vorgelegte Vorentwurf eines neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz stellt bekanntlich die Selbstverwaltung in den Mittelpunkt. Gemäss Vorentwurf (Seite 38) heisst Selbstverwaltung: «Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam selber in die Hand.» Dagegen ist grundsätzlich wohl kaum viel einzuwenden. Es ist für das ausserberufliche Leben schon jetzt eine Selbst-

verständlichkeit oder sollte es wenigstens sein. Die Konkretisierung des Grundsatzes der Selbstverwaltung kann in diesem Zusammenhang nicht viel anderes bedeuten als eine *Anleitung zu sinnvollen zwischenmenschlichen Beziehungen in Familie und Freizeit*.

Probleme ergeben sich, wenn die Selbstverwaltung auch in Staat und Wirtschaft postuliert wird. Im *direkt demokratischen Staat* hat die Bürgerschaft das letzte Wort. Insofern besteht schon jetzt – wenigstens formal – «Selbstverwaltung». Unsere – auch in einem neuen Programm festzulegende – Aufgabe besteht darin, die Bürger zu veranlas-

B. Die Selbstverwaltung in der Wirtschaft

In der Wirtschaft bedeutet Selbstverwaltung die Übernahme der Unternehmerfunktion und der sich aus den wirtschaftlichen Aktivitäten für den Fortbestand des Unternehmens ergebenden Risiken durch die im fraglichen Unternehmen Beschäftigten. Dieser Gedanke ist nicht neu.

I. Der geschichtliche Hintergrund

Sowohl in der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch in der Geschichte der ihr zugrunde liegenden Theorien stossen wir verschiedentlich darauf. So vertraten schon die *Frühsozialisten Robert Owen* (1771–1858) und *Charles Fourier* (1772–1837) genossenschaftliche Ideale, für die sie erstaunlich viele Anhänger zu gewinnen vermochten. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit war entsprechenden Versuchen allerdings nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Etwa 100 Jahre später gelangte vorab in Frankreich, Ita-

lien und Spanien der *Syndikalismus* zu einiger Bedeutung. Sein Hauptvertreter war *Georges Sorel* (1847–1922). Er sah in den Gewerkschaften die Organisationen zur Übernahme der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. «Die Bergwerke den Bergarbeitern» lautete eines ihrer Schlagworte. Über die innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vorhandenen Bestrebungen in Richtung *Genossenschaftssozialismus* findet sich in der Broschüre «Programmrevision» (Seiten 92f.) eine treffende Schilderung.

II. Die aktuellen theoretischen Grundlagen

Die im Vorentwurf zur Diskussion gestellte Selbstverwaltung in der Wirtschaft knüpft allerdings an keine dieser Richtungen des Sozialismus an, sondern stützt sich fast ausschliesslich auf die kürzlich erschienenen umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten von *Ota Šik* (Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979) sowie *Ulrich Gärtner* und *Peter Luder* (Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, 2 Bände, Diessenhofen 1979). Diese Arbeiten sind in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil behandeln sie das *Unternehmenssystem*. Hier wird die materielle und immaterielle Partizipation der Mitarbeiter postuliert. Der zweite Teil beinhaltet das *Marktplanungssystem*, wo gezeigt wird, warum der Marktmechanismus als Lenkungsinstrument für sich allein unzureichend ist und seine Steuerungsfunktion daher durch Planungselemente zu ergänzen ist. Diese sind teils imperativ, teils indikativ. Verbindlich ist die

Planung der Einkommensverteilung, die auf dem Steuerwege verwirklicht werden soll und bei der Aufteilung der betrieblichen Einkommen in einbehaltene und ausgeschüttete Einkommen anknüpft. Durch deren Beeinflussung soll zugleich Gleichgewicht zwischen Konsum und Investition und damit wirtschaftliche Stabilität angestrebt werden. Die indikativen Pläne sind (unverbindliche) staatliche Vorgaben für die Unternehmen. Die Autoren betonen die Notwendigkeit einer Planungstätigkeit, die demokratisch, das heisst unter grundsätzlicher Mitwirkung der von der Planung Betroffenen, erfolgt. Der dritte Teil ist dem *Marktsystem* gewidmet. Er stellt ein wettbewerbstheoretisches Leitbild für eine Wirtschaftsordnung dar, die auf einer partizipativen Eigentums- und Entscheidungsordnung beruht. Angestrebt wird eine möglichst grosse Zahl autonomer selbstverwalteter Unternehmen.

Soll ein Parteiprogramm nahezu ausschliesslich auf diesen Vorarbeiten beruhen, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit bisher keine Vorbilder haben, so stellt sich die Frage nach der *Qualität dieser theoretischen Grundlagen*. Gesamthaft beurteilt handelt es sich um imponierende wissenschaftliche Darstellungen einer Wirtschaftsordnung, die auf selbstverwalteten Unternehmen beruht. Die Abschnitte Gärtners und Luders über das Unternehmenssystem und das Marktsystem geben den neuesten Erkenntnisstand wieder. Der Abschnitt über das Marktplanungssystem stellt dagegen teilweise zu wenig einlässlich dar, wie Plan und Markt als Lenkungsinstrumente im einzelnen zu kombinieren sind.

Auch die anzuwendenden Prognose- und Planungsmethoden lassen Fragen offen. Ähnliches gilt für das Werk von Šik. Diese ungelösten Probleme sollten in den nächsten Jahren vertieft behandelt werden.

III. Beurteilung und Probleme der Verwirklichung der Selbstverwaltung

Zu bedenken ist ferner, dass die Selbstverwaltung in den Publikationen, auf die sich der Vorentwurf stützt, als *Modell* einer alternativen Wirtschaftsordnung erscheint. Ein unmittelbarer Übergang von unserer Wirtschaftsordnung zur Selbstverwaltungswirtschaft wäre jedoch nur in einem revolutionären Prozess möglich. Dazu sind indessen derzeit die Voraussetzungen nicht vorhanden. Einen solchen Wandel dürften die Autoren des Vorentwurfs auch kaum beabsichtigen. Es geht somit darum, eine neue Wirtschaftsordnung *schrittweise* anzustreben. *Konkret bedeutet das die Gründung und den Betrieb selbstverwalteter Unternehmen*. Das ist schon im Rahmen der geltenden Wirtschaftsverfassung möglich. Wir müssen somit nicht in erster Linie die bestehende Rechtsordnung ändern, sondern die wirtschaftliche Wirklichkeit als unmittelbare Akteure beeinflussen. Obwohl wegen der relativ geringen Zahl unserer Anhänger und der beschränkten finanziellen Mittel solchen Bemühungen Grenzen gesetzt sind, verdienen solche Bestrebungen, die eng mit der *Mündigkeit* des Menschen zusammenhängen, volle Unterstützung, bedeuten sie doch die Fortsetzung einer Politik, die seit der Aufklärung zunächst unter Füh-

rung des Bürgertums und später der Arbeiterbewegung auf die *Befreiung der Menschen von Fremdbestimmung* abzielte.

Dass dieses Ziel noch lange nicht erreicht ist, hat auch die Diskussion um die bereits erwähnte *Mitbestimmungsinitiative* gezeigt. Selbst Arbeitgebervertreter haben damals zugegeben, dass nicht einmal das Informationsproblem im Unternehmen gelöst ist. Wir erwarten vom erwachsenen Menschen einerseits, dass er in Familie, Gemeinde, Kanton und Bund eigenverantwortlich zu oft sehr komplexen Fragen Stellung nimmt. Im Unternehmen andererseits, von dem immerhin seine wirtschaftliche Existenz abhängt und in dem er jeden Werktag etwa acht Stunden verbringt, hat er nicht mitzubestimmen. Das ist ein auf die Dauer nicht haltbarer Widerspruch. Die hohe Verwerfung der

Mitbestimmungsinitiative durch Volk und Stände entkräftet diese Hinweise nicht. Sie zeigt bloss, dass sich der Arbeitnehmer gar nicht zutraut, in Fragen der Unternehmenspolitik mitzureden, weil er nicht über die nötigen Informationen und auch nicht über die nötige persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit verfügt, muss er heute doch mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen, wenn er in zentralen Fragen eine Meinung vertritt, die seinen Vorgesetzten nicht genehm ist. *Der Umstand, dass viele Arbeiter erschrecken, wenn ein höherer Vorgesetzter einen Rundgang durch den Betrieb macht, ist nur ein Symptom für den derzeitigen Zustand.* Dieser lässt sich nicht von heute auf morgen beseitigen, weshalb zur Verwirklichung der Selbstverwaltung im Programmentwurf ausdrücklich zu erwähnende

und einlässlich zu erläuternde Übergangsstrategien vorzusehen sind.

Eine gewisse Bereitschaft zur Selbstverwaltung, vorerst noch im Bereich kleinerer oder mittlerer Unternehmen, besteht sowohl in der Schweiz als auch in den Nachbarländern. *Die SPS sowie ihre Kantonalparteien und Sektionen sollten in konkreten Fällen selbstverwaltete Betriebe ideell und materiell unterstützen.* Eine wichtige flankierende Massnahme zur Selbstverwaltung ist die weitere Propagierung von Demokratisierungsstrategien nach dem Vorbild der Mitbestimmungsdiskussion. Wenn die Selbstverwaltung in der Wirtschaft etwas stärker verbreitet ist, kann die SPS die *Anpassung der Rechtsordnung*, namentlich im Gesellschaftsrecht, an die veränderten Verhältnisse begünstigen.

C. Das Verhältnis zu anderen wichtigen politischen Zielen

Eine ausschliessliche Ausrichtung auf die Selbstverwaltung verkürzt allerdings die *Vielfalt der sozialdemokratischen Arbeitsfelder*. Soll das Parteiprogramm von 1959 revidiert werden, so müssen die in den letzten 20 Jahren neu *erkannten Probleme* Schwerpunkte der Programmänderung sein. Dazu gehören etwa

- die internationale Solidarität (z.B. Dritte Welt)
- die Umweltschutzpolitik
- die Energiepolitik
- der Persönlichkeitsschutz
- die Priorität des öffentlichen vor dem privaten Verkehr usw.

Zudem ist davon auszugehen, dass wahrscheinlich noch für längere Zeit die Mehrheit der Betriebe nicht von der Belegschaft geführt wird. Daher ist der Weiterentwicklung des

öffentlichen und privaten Arbeitsrechtes weiterhin grosse Beachtung zu schenken. Das Problem des *Schutzes der Arbeitnehmer* kann sich übrigens auch in selbstverwalteten Unternehmen stellen. Ferner sind die im Parteiprogramm von 1959 enthaltenen Ziele zu übernehmen, soweit sie noch nicht verwirklicht sind, jedoch auch heute noch als wichtig erscheinen.

Daraus ergibt sich, dass die auf Seite 40f. des Vorentwurfes postulierte Zurücknahme staatlicher Funktionen in dieser allgemeinen Form unannehmbar ist. Zwar ist gegen eine begründete Einschränkung einzelner, im voraus genau bezeichneter staatlicher Tätigkeiten a priori nichts einzuwenden, wohl aber gegen eine so unbestimmt gehaltene politische Forderung.

D. Zum weiteren Vorgehen in der Programmrevision

Aus den vorstehend erwähnten Gründen kann der Parteitag der SPS den vorliegenden Vorentwurf meines Erachtens *nicht zum Beschluss erheben*. Mit dem Selbstverwaltungsgedanken sind zudem viele Parteimitglieder noch zu wenig vertraut und können sich daher verständlicherweise noch nicht mit ihm identifizieren. Notwendig ist eine jahrelange Aufklärungsarbeit. Dazu gehört auch die Ausräumung weitverbreiteter Missverständnisse, zu deren Entstehung der Vorentwurf leider ebenfalls beigetragen hat. Als Zeithorizont für den Beschluss eines neuen Parteiprogrammes ist das Ende der achtziger Jahre ins Auge zu fassen. Ein geeigneter Anlass könnte das Jahr 1988 sein, in welchem die SPS ihren hundertsten Geburtstag feiert.